VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Position

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Landtagswahl in Hessen 2023

Beschluss Nr. 2 des VhU-Präsidiums vom 16.05.2022

Aus- und Weiterbildung

Berufliche Bildung und Berufsschulen stärker unterstützen

In den Fokus der Bildungspolitik rücken und zielgerichtet fördern

Die duale Ausbildung ist das Rückgrat der Nachwuchssicherung für die Wirtschaft. Die Corona-Pandemie hat jedoch deutlich ihre Spuren hinterlassen: bei Interessierten wie auch bei Unternehmen. So ist im Vergleich der Jahre 2020 auf 2021 die Zahl der Ausbildungsinteressierten um neun Prozent und die Zahl der Ausbildungsplätze um sechs Prozent zurückgegangen. Das ist für die Fachkräftesicherung ein großes Problem. Kernanliegen muss sein, die duale Ausbildung zu stärken, damit die Unternehmen durch fehlenden Nachwuchs nicht ausgebremst werden. Schon heute sind gemäß MINT-Herbstreport 2021 bei hessischen Unternehmen alleine im MINT-Bereich 31.000 Arbeitsplätze unbesetzt.

Für die Landesregierung sollte dieser Befund Ansporn sein, berufliche Bildung nicht als Stiefkind der Bildungspolitik zu sehen, sondern der häufig bekundeten Gleichwertigkeit der Bildungsbereiche Taten folgen zu lassen. Das heißt, die hessischen Berufsschulen deutlich aufzuwerten, intensiver für die duale Ausbildung zu werben, die Berufsorientierung breiter zu verankern und die berufliche Weiterbildung im Kontext des digitalen Wandels mit zielgerichteten Maßnahmen zu flankieren.

Duales Ausbildungssystem stärken

Um junge Menschen von einer dualen Ausbildung zu überzeugen, braucht es attraktive Anreize und eine Imagekampagne, die die kommende Landesregierung mit einem wirkungsvollen Etat ausstatten muss, unter Berücksichtigung der Haushaltsspielräume mindestens jedoch mit 10 Millionen Euro. In Hessen gibt es große regionale Unterschiede auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Um das Matching weiter zu verbessern, gehören nach Regionen differenzierte Strategien, Mobilitätsinstrumente und Investitionen in Ausbildungswohnen in das Pflichtenheft einer Landesregierung, nicht jedoch z.B. eine Ausbildungsgarantie.

Studierende profitieren von einem breiten Angebot der Studentenwerke, insbesondere beim günstigen Wohnraum. Ansatz kann ein Mobilitäts- und Wohnzuschuss für Auszubildende sein, der auf der bundesweiten Berufsausbildungsbeihilfe aufsetzt. Denkbar ist zudem, den Tagessatz für den Besuch einer überörtlichen Fachklasse zu erhöhen und die Zielgruppe auch um diejenigen Auszubildenden zu erweitern, deren Distanz zwischen Ausbildungs- und Wohnort unter die Kriterien des Tagesatzes fällt.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

Berufsorientierung (BO) aufwerten

Mit einer Einmündungsquote von gemeldeten Interessierten in eine Berufsausbildung in Höhe von 40 Prozent liegt Hessen bundesweit seit Jahren auf dem vorletzten Platz. Der Schlüssel für eine Erhöhung liegt in einer breiten Berufsorientierungsoffensive. Es gilt in allen Schulen der Primar- und der Sekundarstufe und in der Elternarbeit, Vorteile und Karrierechancen in der beruflichen Bildung aufzeigen. Das setzt interessierte und kompetente Lehrkräfte voraus, weshalb der Kultusminister oder die Kultusministerin Berufsorientierung in der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung stärker und verbindlicher verankern muss, als das bislang der Fall ist.

Ohne außerschulische Angebote der Berufsorientierung geht es nicht. Deshalb sollte die Landesregierung einen über die Dauer der kommenden Legislaturperiode angelegten Innovationstopf für externe BO-Maßnahmen einrichten. Darüber hinaus muss die Regierung Schulen mit einem eigenverantwortlichen BO-Budget ausstatten, Praktikumsphasen in den Schulferien honorieren und fördern, die OloV-Strukturen in den Regionen einheitlich aufstellen und ausstatten, einen jahrgangsspezifischen BO-Fahrplan mit Unterrichtseinheiten entwickeln, zielgruppenspezifische Informationen erstellen und eine landesweite Praktikums- und Stellenbörse aufsetzen. Ein Fehler war es, aus der Berufseinstiegsbegleitung auszusteigen. Diesen Fehler muss die Landesregierung dringend korrigieren.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Übergangssystem optimieren und reduzieren

In den Blick nehmen muss die Landesregierung auch den Übergangsbereich von Schule in Ausbildung, der in der vergangenen Dekade zwar merklich kleiner geworden ist, mit über 10.000 Personen im System jedoch immer noch deutlich zu groß ist. Da das Ziel einer Reduzierung nur strukturiert und mittelfristig Erfolg verspricht, ist der Landesregierung zu empfehlen, für die ersten zwei Jahre der Legislaturperiode eine Taskforce „Übergangssystem optimieren“ einzurichten, die bestehende Maßnahmen evaluiert und umsetzbare Vorschläge für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorlegt.

Pakt für Berufsschulen schließen

Was auf Bundesebene mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung angestrebt ist, ist für die hessischen Berufsschulen von Seiten der VhU bereits lange Zeit gefordert. Die Landesregierung sollte die geplanten Bundesmittel noch einmal mit einem eigenen Pakt und eigenen Mitteln um 25 Prozent im Rahmen der Haushaltsspielräume aufstocken. Die Mittel müssen in die Ausstattung und Infrastruktur, in die Lehrkräftefortbildung und die Weiterentwicklung der Lernortkooperation fließen. Den Schulleitungen muss dafür außerdem flächendeckend ein autonomes Budget zur Verfügung stehen. Wichtig: So wenig Bürokratie wie möglich, denn schon beim Abruf der Mittel aus dem DigitalPakt Schule hat sich in Hessen gezeigt, dass das Verfahren und eine schnelle Umsetzung im Zielkonflikt zueinander stehen.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

Zukunftsstrategie entwickeln und Berufsschulstandortkonzept prüfen

Hessen braucht eine langfristige Strategie für die Entwicklung der Berufsschulen. Damit eng verknüpft sind die (digitale) Ausstattung der Schulen, digitale Lehr- und Lernoptionen, Mobilitätslösungen, ein Konzept für den Lehrkräftenachwuchs, die Ausweitung der Schulautonomie und vieles mehr. Dabei müssen auch flexible Organisationsformen wie zum Beispiel Verbundkonzepte oder digitale Beschulungen, wo möglich, berücksichtigt werden. Das geplante Standortkonzept der aktuellen Landesregierung scheint hier zu kurz zu greifen und lässt einige Fragen offen.

Deshalb empfiehlt die VhU dem Kultusminister bzw. der Kultusministerin, das geplante Vorhaben auf den Prüfstand zu stellen und in eine gezielte Berufsschulstrategie einzubetten, die über die reine Frage hinaus geht, welche Standorte weitergeführt werden sollen und welche nicht. In eine Zukunftsstrategie zahlt auch die Lernortkooperation ein. Die Landesregierung sollte die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Digitalisierung der Lernortkooperation von

Berufsschulen und Unternehmen, die derzeit von Seiten der Wirtschaft und dem Digitalministerium durchgeführt wird, aufgreifen und Handlungsempfehlungen entsprechend umsetzen.

Mobilitätspauschale für Auszubildende aufstocken

Eine Landesregierung, die das Matching von Unternehmen und Auszubildenden fördert, muss die Pauschale für die Unterbringung beim Besuch einer überörtlichen Fachklasse deutlich aufwerten. Derzeit wird ein Zuschuss in Höhe von 20 Euro pro Tag bei einer externen Unterbringung bezahlt, unter der Voraussetzung, das An- und Abfahrt zur Berufsschule länger als drei Stunden dauern. Aus Sicht der VhU ist das eine Förderung, die nicht mit den realen Bedürfnissen zusammenpasst. Die Landesregierung sollte den Zuschuss auf mindestens 50 Euro erhöhen und das Kriterium des Fahrtwegs auf eineinhalb Stunden reduzieren. Diese Optionen sind vor allem dann notwendig, wenn die Landesregierung am aktuell vorgesehenen Konzept der Berufsschulstandorte festhalten sollte. Fahrtkostenzuschüsse sollten darüber hinaus auch für Auszubildende gewährt werden, bei denen die Entfernung zwischen Wohnort und Ausbildungsstätte unter die Kriterien des Tagessatzes fällt.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Berufliche Weiterbildung projektbezogen flankieren

Die berufliche Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung der Unternehmen und ihrer Mitarbeitenden. In Zeiten der digitalen Transformation sollte die Landesregierung dieses Primat weiterhin respektieren und maßvoll flankieren. Das heißt für die Regierung, staatliche Beratungs- bzw. Qualifizierungsangebote so zu gestalten, dass diese Zukunftskompetenzen fördern, die in den Unternehmen bzw. am Arbeitsmarkt tatsächlich verwertbar sind und nachgefragt werden. Konkrete Maßnahmen hierfür können weitere Calls des Digi-Zuschuss Quali, ein Weiterbildungsdarlehen und der Ausbau des DigiCheck- Kompetenzen sein.

Wichtig hierbei ist es, in Lücken der Qualifizierungsförderung des Bundes zu stoßen. Im Sinne der Transparenz und des einfachen Zugangs, sollte die Landesregierung das Hessische Zentrum für Berufliche Bildung als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Mitarbeiter initiieren, bei der Beratungsleistungen und Fördermaßnahmen gebündelt werden. In einer Allianz für Berufliche Weiterbildung, besetzt aus den betroffenen Ministerien, der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern, können weitere Bedarfe und Maßnahmen für Hessen identifiziert werden.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. ist die Dachorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Hessen. Sie repräsentiert 87 Verbände mit rund 100.000 Mitgliedsunternehmen und rund 1,5 Mio. Beschäftigten.

Die VhU will der Vielfalt der Gesellschaft durch einen bewussten Umgang mit Sprache Rechnung tragen. Es ist Ziel und Anspruch, alle Menschen auch in der Sprache angemessen zu repräsentieren und zu adressieren. Aber gerade weil Sprache etwas Fließendes ist, kann sie dem möglicherweise noch nicht immer und überall gerecht werden. Aktuell gibt es viele Ideen, aber noch keine allgemein anerkannte Lösung. Es ist ein Lern- und Veränderungsprozess, den die VhU bestrebt ist mitzugehen. Wenn in diesem Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Form (generisches Maskulin) verwendet wird, sind damit stets wertfrei alle Geschlechter (m, w, d) gemeint.